

WIR KÄMPFEN FÜR DICH UND DEUTSCHLAND

Für Innere, Äußere und Soziale Sicherheit

Am **23. Februar** wird gewählt. **Nur die SPD** steht für Wohlstand für alle, sichere Renten und Arbeitsplätze sowie Investitionen in unsere Wirtschaft.

Pandemie, Krieg, Inflation – die letzten Jahre waren eine große Herausforderung. Wir haben dafür gesorgt, dass in Deutschland das Licht nicht ausging und niemand frieren musste. Die gestiegenen Preise und die unsichere Weltlage belasten viele, doch wir kämpfen weiter für eine Zukunft, in der es allen gut geht.

So kämpft die SPD für Dich und für Deutschland:

- **Löhne:** Steigenden Preise begegnen wir mit **steigenden Löhnen**. Wir kämpfen für einen **Mindestlohn von 15 €** und entlasten **95 % der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler** – für mehr Geld in Deinem Portemonnaie.
- **Rente:** Ost und West haben wir angeglichen und das Rentenniveau bleibt stabil. Am Renteneintritt mit 67 oder abschlagsfrei nach 45 Beitragsjahren rütteln wir nicht – anders als unsere Konkurrenz.
- **Wirtschaft:** Wir kämpfen um **Arbeitsplätze** und investieren in Deutschlands Innovationskraft, damit „**Made in Germany**“ auch in Zukunft ein Gütesiegel bleibt.
- **Mobilität:** Mit dem **Deutschlandticket** haben wir den öffentlichen Nahverkehr für alle bezahlbar gemacht. Jetzt kämpfen wir für eine **leistungsfähige Bahn** und treiben die **E-Mobilität** konsequent voran.
- **Verteidigung:** Wir unterstützen die Ukraine und sichern langfristig Frieden mit dem **Sondervermögen Bundeswehr**.
- **Gesundheit:** Wir modernisieren mit Maßnahmen wie dem **E-Rezept**, unterstützen **pflegende Angehörige** und sichern die **Grundversorgung** sowie Fachkliniken.
- **Klimaschutz:** Wir setzen auf **bezahlbare Lösungen** und beschleunigen den Ausbau der Erneuerbaren – für eine unabhängige und nachhaltige Zukunft.
- **Soziales:** Mehr **Kindergeld**, mehr **Bafög**, mehr **Wohngeld**: Wir stehen für diejenigen ein, die unsere Solidarität am dringendsten brauchen.
- **Bildung:** Wir bauen die **Ganztagsbetreuung** aus, kämpfen für mehr **Lehrpersonal** und investieren in **moderne Schulgebäude**.

Am **23. Februar: Deine Stimme für eine sichere und gerechte Zukunft – Deine Stimme für die SPD.**



Liebe Trostbergerinnen und Trostberger,

wir wünschen Ihnen und Ihren Lieben ein gutes neues und erfolgreiches Jahr!

Wie immer haben wir für Sie Themen zusammengestellt, die uns als Trostberger alle angehen. Aber auch in der Bundespolitik wird das Jahr 2025 spannend. Schon in wenigen Wochen steht die vorgezogene Bundestagswahl an, die richtungweisend für die nächsten Jahre und uns alle sein wird.

Aus Sicht der SPD geht es darum, auch in Zukunft eine Regierung zu haben, auf die sich die Bürgerinnen und Bürger verlassen können. Es geht um innere und äußere Sicherheit, den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft, die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit und damit um die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Und es geht um soziale Politik für die wirklichen Leistungsträger, die Mitte der Gesellschaft, die tagtäglich unser Land am Laufen halten.

Die CDU/ CSU möchte eine knallharte Umverteilung von der Mitte der Gesellschaft hin zu den reichsten im Land. Eine unseriöse Finanzpolitik, sozial ungerecht und schlecht für Deutschland!

Olaf Scholz als Kanzlerkandidat der SPD steht als erfahrener Politiker für Besonnenheit in einer Welt voller Konflikte und für klare soziale Politik.

Gehen Sie zur Wahl und entscheiden Sie mit, wie unsere zukünftige Politik aussehen soll. Ihre Stimme zählt!

Ihr
Martin Strenner
Vorsitzender
SPD Ortsverein Trostberg

**Interesse an Politik auf kommunaler, Landes- oder Bundesebene?
Oder einfach nur diskutieren? Wir freuen uns über Eure/ Ihre Teilnahme und
wollen Ihre Meinung hören beim
SPD-BÜRGERSTAMMTISCH**

am Freitag, 24. Januar 2025, um 19 Uhr im Pfaubräu



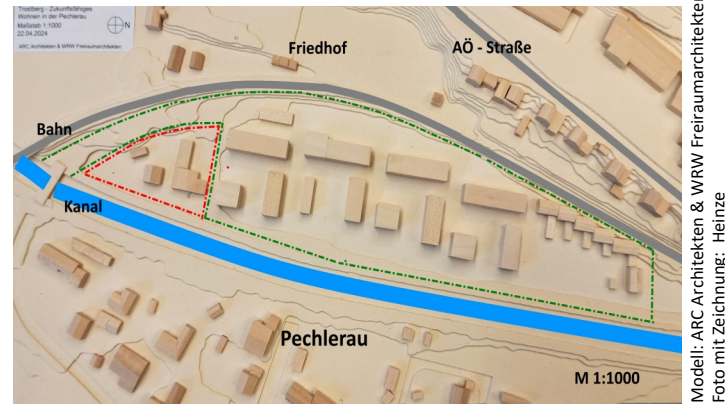
Wenn die Roten ins Schwarze treffen ...

... dann muss gerade Stadtschießen sein. Herzlichen Dank an die kgl. priv. FSG Trostberg und die SG d' Alztaler Trostberg als Organisatoren des 2. Trostberger offenen Stadtschießens für die Ausrichtung dieser tollen Veranstaltung. Ein schönes Beispiel für ehrenamtliches Engagement, das Bürger unserer Stadt aus allen Bereichen zusammenbringt. Wir freuen uns auf jeden Fall „sakrisch“ über den 3. Platz und den Pokal.



Neues Wohngebiet-Pechlerau West - Vorausschauende Bodenpolitik machts möglich

Die vorsorgende Bodenpolitik in der Amtszeit von Bürgermeister Walther Heinze vor über 25 Jahren macht dieses Wohngebiet mit über 100 Wohnungen jetzt möglich. Der Stadtrat hat damals im Rahmen einer langfristigen Stadtentwicklung entschieden, den überwiegenden Teil der Fläche zu erwerben. Die Stadt hat so heute die Chance, zeitgemässen und hoffentlich bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Der dem Stadtrat vorgestellte, nach sozialen und ökologischen Gesichtspunkten entwickelte Planentwurf ist eine sehr zu begrüßende Grundlage für die Realisierung dieses neuen Stadtviertels.



Einen Schönheitsfehler gibt es allerdings: Die beiden Grundstücke direkt nach der Kanalbrücke (rot umrandet) - darunter ein Gewerbestandort mit einer baufälligen Lagerhalle - werden nicht von Anfang an in die Planung mit einbezogen. Eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Im Rahmen der Gleichbehandlung muss die Stadt diese beiden Grundstücke ja auch nicht unbedingt erwerben. Ein unschönes "Eingangstor" für einen neuen Stadtteil!

Anton Zeitlmayr

Deutliche Erhöhung der Friedhofsgebühren gegen die Stimmen der SPD

Der Stadtrat Trostberg hat gegen die Stimmen der SPD einer deutlichen Erhöhung der Friedhofsgebühren zugestimmt. Nicht nur, dass der bisher 20-prozentige Deckungsbeitrag durch die Stadt ab 01.01.2025 komplett weg fällt, es wurden auch die Gebühren deutlich angehoben. So kostet ein Einzelgrab bisher 45 € jährlich – ab Januar 72,06 €, ein Doppelgrab steigt von 90 € auf 144 €. Da die Gebühren für 15 Jahre im voraus fällig werden (Ruhepflicht) ist das für viele Bürgerinnen und Bürger eine echte Belastung. Natürlich ist den SPD-Stadträten die schwierige Haushaltslage der Stadt bewusst, aber auch die Menschen in Trostberg müssen immer mehr für ihren Lebensunterhalt aufbringen und immer „tiefer in die Tasche greifen“.

Der Geschäftsordnungsantrag unserer Fraktion, eine Gebührenstaffelung von jährlich 15% über einen Zeitraum von 4 Jahren zu beschließen, wurde von CSU, Bündnis 90 die Grünen und den Freien Wählern abgelehnt.

Es wäre schön, wenn mit der Gebührenerhöhung auch Verbesserungen gemacht würden – wie z.B. die dringend notwendige Überdachung des Vorplatzes der Aussegnungshalle.

Franz Sedlmeier, Hans-Michael Weisky

Die andere Seite des Fachkräftemangels ...

Es ist allgemein bekannt, dass in Deutschland Fachkräftemangel herrscht. Dies führt in der gesellschaftlichen Wahrnehmung zu Unmut und liefert allen dysfunktionalen Bereichen eine willkommene Ausrede, um nicht voranzukommen. Auf der anderen Seite gibt es dadurch aber auch überaus positive Effekte. Zum Beispiel kann sich die Mehrheit der Arbeitnehmer ihrer Arbeitsstellen mehr als sicher sein. Zudem haben die Arbeitnehmer bei Gehaltsverhandlungen eine stärkere Position und es besteht auch eine höhere Wahrscheinlichkeit eine passende Arbeitsstelle zu finden, wenn man weiß, dass man unterschiedliche vakante Stellen ausprobieren kann. Und selbst wenn die Automobil- und Stahlindustrie den angekündigten Stellenabbau vollzieht, wird noch genügend Arbeit für alle vorhanden sein. In den Medien aber werden die Auswirkungen des Fachkräftemangels immer als eher negativ dargestellt und auch wir sehen es in unserer typisch deutsch-kritischen Sichtweise, als eher problematisch an.

Aber ist es nicht so, dass vermehrt die arbeitnehmer-unfreundlichen Unternehmen und Branchen die größten Probleme haben ihren Status Quo aufrecht zu erhalten? Solange die Politik den rechten Parteien Zugeständnisse in Form von Migrations- und Asyl-Eindämmung machen muss, um „konkurrenzfähig“ zu bleiben, wird der Fachkräftemangel ein fester Bestandteil unseres Lebens bleiben. Allein in den Kliniken Südostbayern arbeiten aktuell Menschen aus 60 Nationen. Der tägliche Betrieb wäre ohne sie nicht durchführbar. Und wir brauchen weitere Arbeitskräfte aus dem Ausland, sonst wird der demographische Wandel weiter seine ausdünnenden Bahnen ziehen.

Florian Boldt

Das Migrationspapier der SPD-Landtagsfraktion

Ja zum Asylrecht, Nein zu dessen Missbrauch

Menschlichkeit und Solidarität – aber auch Rücksicht auf die Sorgen und Bedürfnisse der Bürger sowie ein deutliches Ja zum starken Rechtsstaat. Damit zeigt die SPD auf, wie eine Einwanderungspolitik möglich ist, die das Grundrecht auf Asyl aufrechterhält und einen Beitrag gegen den Fachkräftemangel leistet, aber eben auch klare Grenzen aufzeigt:

Akzeptanz durch Steuerung: Ein klares Ja zum Europäischen Asylsystem und zu temporären Grenzkontrollen. Um Zuwanderung zu ordnen und irreguläre Migration zu begrenzen, hat die bisherige SPD-geführte Bundesregierung bereits viel unternommen – unter der Prämisse von Humanität und Ordnung. Die reguläre Migration muss gestärkt werden und transparent ablaufen. Solange die Lage dies erfordert, soll es vorerst weiter temporäre Grenzkontrollen geben. Sie haben bereits gewirkt: Binnen eines Jahres wurden rund 34.000 Personen zurückgewiesen und 59.000 unerlaubte Einreisen registriert und verhindert. Zudem konnten rund 1400 Schleuser aufgegriffen werden.

Akzeptanz durch schnelle Verfahren: Die Asylverfahren müssen fair, zügig und rechtssicher ablaufen. Wer kein Aufenthaltsrecht hat, muss Deutschland schnell wieder verlassen. Dafür sind Verbesserungen bei der Organisation von Rückführungen notwendig. Für Rückführungen sind die Länder zuständig, der Bund unterstützt sie dabei. Die gemeinsamen Anstrengungen von Bund und Ländern haben bereits viel gebracht: Die Zahl der Abschiebungen ist im Vergleich zum Vorjahr um 20 Prozent gestiegen.

Akzeptanz durch Arbeit: Alle, die bis zum Stichtag 31.12.2023 nach Deutschland gekommen und nicht straffällig geworden sind, sollen arbeiten dürfen und eine zweijährige Duldung erhalten. Ausländerbehörden müssen jedem (mit Ausnahme von Straftätern) eine Beschäftigungsmöglichkeit anbieten. Familien mit Kindern sollen bei Bereitschaft zur Arbeit oder Ausbildung vor Abschiebung geschützt sein. Die Ausländerbehörden sollen besser ausgestattet, ausländische Berufsabschlüsse schneller anerkannt werden. Ziel ist eine rasche Arbeitsaufnahme, Arbeitsgenehmigungen sollen innerhalb von 14 Tagen erteilt werden. So gelingt Integration am besten. Wir erwarten, dass Zuwanderer die deutsche Sprache erlernen, wollen aber auch die entsprechenden Bildungsangebote bereitstellen. Gemeinnützige Arbeit muss gefördert werden. Sie kann als Brücke in den Arbeitsmarkt dienen und wird im Rahmen der bestehenden Gesetze von Empfängern von Sozialleistungen auch erwartet. Damit auch Frauen eine Arbeit aufnehmen können, braucht es Betreuungsplätze für Kinder.

Akzeptanz durch Teilhabe und Bildung: Die SPD will Patenschaften und Helferkreise, aber auch Vereine fördern. Wenn man sich gegenseitig kennenlernt, verschwinden oft unüberbrückbar scheinende Hindernisse. Wichtig sind gleiche Bildungschancen für alle und eine gute Sprachförderung von der Kita bis zum Schulabschluss.

Akzeptanz durch gerechte Verteilung in der Unterbringung: Alle Kommunen müssen fair ihren Beitrag leisten und entsprechend ihrer Einwohnerzahl mindestens ein Prozent der Geflüchteten aufnehmen. Bislang liegen viele Kommunen unterhalb dieser Marke. Sehr große unpersönliche Unterkünfte sind immer schlechter als kleine dezentrale Einheiten.

1/2 Mio Euro Mehreinnahmen für die Stadt zu Lasten der Haus- und Grundstücksbesitzer

Das Bundesverfassungsgericht hatte die bisherige Berechnungsgrundlage über Einheitswerte als verfassungswidrig eingestuft. Bei der Neuregelung wurde den Bundesländern die Möglichkeit gegeben, vom Bundesmodell (Werteberechnung nach Verkehrswert) abzuweichen. Bayern hat wie üblich einen Sonderweg gewählt: Die Bewertung erfolgt wertunabhängig nur über die Fläche. Somit ist ein Grundstück in Oberfeldkirchen steuerlich genauso bewertet wie ein Grundstück am Starnberger See oder in München - trotz vielfachem Wert.

Die Grundsteuer ist eine kommunale Steuer für Städte und Gemeinden, die mit der neuen Berechnung erstmalig ab Januar 2025 fällig wird. Es gibt 3 Grundsteuerbereiche:

- Grundsteuer A – für Land und Forstwirtschaft
- Grundsteuer B – für bebaute und unbebaute Grundstücke
- Grundsteuer C – für bebaubare aber unbebaute Grundstücke: Mit dieser könnten Spekulationsobjekte besteuert werden, das gibt es auf Druck von FW/ CSU in Bayern nicht.

Die Berechnung der Grundsteuer erfolgt mit der Formel:

Fläche in qm x Äquivalenzzahl x Grundmessaufschlag x Hebesatz der Gemeinde

- **Äquivalenzzahl:** Grund und Boden = 0.04 € pro qm, Wohnfläche = 0,5 € qm
- **Grundmessaufschlag:** 100% bei Grundstück – 70% bei Wohnfläche (abzüglich 25% für Wohnflächen Land/Forstwirtschaft und 50% bei Denkmalschutzgebäuden)
- **Hebesatz** der von der Stadt oder Gemeinde festgelegt wird

In Trostberg bleibt der Hebesatz A bei 350% mit Mindereinnahmen von ca. 5.000 € (für eine aufkommensneutrale Berechnung wären 368% nötig) und für Hebesatz B bei 360% mit Mehreinnahmen für den Stadthaushalt von ca. 550.000 €.

Die SPD Fraktion im Trostberger Stadtrat wollte dieses Ungleichgewicht zwischen Hebesatz A und B etwas korrigieren und den Hebesatz B senken, wurde aber leider von CSU, Bündnis 90 die Grünen und Freie Wähler im Stadtrat überstimmt.

Franz Sedlmeier, Hans-Michael Weisky

Impressum

Herausgeber und Verantwortlich
SPD Ortsverein Trostberg

Martin Strenner
Gerhard-Hauptmann-Str. 5
83308 Trostberg

www.spd-trostberg.de
kontakt@spd-trostberg.de
www.spd.de

